

Deutsche Zeitung

Nr. 224. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 194.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 14. Mai 1901.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 176.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 2. Telefon-Nr. VII Nr. 1404.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 14. Mai.

An den Rücktritt des Finanzministers Dr. v. Miquel hat sich bereits ein reicher, mehr oder weniger ungewisser Aufschwung des Finanzwesens geknüpft. Im vergangenen Abendengange, bringen die Berliner Nachrichten erst eine Note, die hauptsächlich von Miquels Stelle herrührt. Sie lautet:

Gegenüber dem fortgesetzt durch die Presse laufenden unrichtigen Gerüchten über die tatsächlichen Vorgänge beim Ausscheiden des Ministers v. Miquel darf nunmehr als festgestellt gelten, daß, nachdem in der Vergangenheit vom 2. d. Mts. der Herr Ministerpräsident den Minister v. Miquel als Mitglied des Reichstages künftighin ausgeschieden hat, Herr v. Miquel sofort erklärte, daß nunmehr der Augenblick für ihn gekommen sei, den Abschied zu nehmen. Es dauerte jedoch noch innerhalb mehrere Wochen vorzugehen, ehe der Erbhofbesitzer wieder vollständig hergestellt sein würde.

Die braunschweigische Landesregierung lehnte durch Ubergang zur Tagesordnung den Antrag der Reichstagsfraktionen auf Aufnahme einer Führliste für den Erbhofbesitzer in das allgemeine Bürgerrecht fast einstimmig ab.

Im Anhang beim Kaiser bestanden wurde der Generaldirektor des Reichsanwaltschafts, Herr Ballin, der sich, wie noch erinnerlich sein dürfte, Anfangs Januar d. J. nach China begeben hatte, wird am 25. d. M. über New-York an Bord des Schnellpostdampfers „Deutschland“ wieder nach Hamburg zurückkehren. Bald nach seiner Ankunft bezieht sich Herr Ballin nach Potsdam, um dem Monarchen über dessen Reichsgerichtlichen Bericht über die Ergebnisse seiner Chinareise zu berichten.

Als dem Offizierskorps. Wie in militärischen Kreisen verläuft, wird der Kommandeur des Garde-Korps v. Döll und Polach demnach den Chef des Großen Generalstabes Graf v. Schlieffen in dieser Stellung erledigen. Das Kommando des Garde-Korps wird dann von Generalleutnant v. Kessel, Führer der 2. Garde-Infanterie-Division, übernehmen.

von der Marine. Die 1. Division des I. Geschwaders unter Befehl des Vizeadmirals v. Heineke ist gestern Vormittag zu Evolutionübungen in den Belt und in der Nordsee in See gegangen. — Die Sochse-Loreoboots-Division, bestehend aus sieben Booten und dem Pilotenschiff „Habe“, ist zu einer sechstägigen Übungsfahrt nach Warendam und Gotenhafen abgegangen.

Um zu verhindern, daß für die Öffentlichkeit nicht bestimmte Aufzeichnungen des Kaisers und seiner Gemahlin verbreitet werden und um dem Ueberechnen bildlicher Darstellungen vorzubeugen, soll, wie gemeldet wird, die Absicht bestehen, in Zukunft bei der Zulassung öffentlich nicht bestimmter Personen zu Veranstaltungen, an denen der Kaiser teilnimmt, eine strengere Kontrolle zu üben.

Kirchenbauten. Die „Nord. Allg. Ztg.“ bezieht sich in der Presse unter Bezugnahme auf den Bericht des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an den Kaiser auf die evangelische Bebauung, daß von 1890 bis 1900 für den Bau evangelischer Kirchen 2078700 Mk. für den katholischen aber nur 1044900 Mk. an Staatsmitteln bewilligt worden seien, als u. a. zu erwähnen. Der genannte Bericht hebt die Aufschlagskosten und Ausstattungskosten an; letztere werden aber, von dem Reichsanwaltschaften, nur zu einem verhältnismäßig geringen Theile aus Staatsmitteln und zum größten Theile durch Gemeindebeiträge aufgebracht; außerdem sind Prämienscheffeln daran bestellbar wie beim Kaiser Dom und wie beim Dom in Aachen in Aussicht genommen ist. Außerdem sind von den als evangelisch genannten Kirchen die in Hutterde und Wormbit hauptsächlich katholisch.

Die zweite heftige Kammer beschloß mit 21 gegen 18 Stimmen über den Antrag Hölder'scher betreffend die Änderung der Erbfolge im Großherzogthum Hessen zur Tagesordnung überzugehen.

Nach Aufhebung durch den Kaiser von Oberstfeld seit nunmehr fünf, daß die beschriebene Generatorkommission der Kaiserlichen Deutschen in Ostasien in der Zeit vom 25. bis 29. August tagt.

Die Landesbankkommission tritt am 22. Mai, wie alljährig, im Kultusministerium zu Berlin zusammen. Die Kommission hat den Antrag von Gemahlen und Runkelwern für die Kaiserlichen Ostasien in Ostasien in der Zeit vom 25. bis 29. August tagt.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Ostasien-Eisenbahnvorlage erledigte die Vorlage in General- und Spezialberatungen. Die den Bahnbau ausführende Deutsche Bank gesteht dem Reich die Ostasien-Eisenbahn in 40 bis 50 Jahren nach Errichtung des Betriebes an. Die Kommission nahm die Anfrage Müller-Fleischer an, daß der Reichsanwaltschaft frühestens 1903 fiktiv 1902 zu beginnen habe, von dem Gewinne über fünf Prozent das Reich die Hälfte zu erhalten habe und im Falle des Rücktritts nur das Uebriggebliebene als Pfand- und zur Verfügung der Aktionäre gespalten werden soll.

Von den Sozialdemokraten sind bis jetzt 32 Änderungsanträge zur zweiten Beratung der Gewerkschaftsordnung in Reichstags eingedrungen.

Der Reichstag legt den Entwurf einer neuen Verordnung zur weiteren Aufhebung der durch die Kaiserliche Verordnung vom 27. Januar 1897 für die auszuführenden Reichsgerichte in den Provinzen vorgeschriebenen Anträge zur Bereinigung,

Möhl von Schaumburg-Lippe, der gestern in Kronberg eingetroffen war, reiste Abends nach Berlin ab.

Die Leiche der Prinzessin Louise von Preußen wird dem Vernehmen nach in aller Eile von Wiesbaden nach Berlin übergeführt und in einem noch näher zu bestimmenden Termine in der Hauptkapelle zu Potsdam beigesetzt werden. Dort haben auch die Eltern der Prinzessin feierlich die letzte Ruhestätte gefunden.

Der Zustand des Erbhofbesitzers von Baden, welcher, wie wir meldehen, seit einiger Zeit an akutem Nervenleiden erkrankt ist, giebt, wie aus Karlsruhe geschrieben wird, gegenwärtig zu ernstlichen Bedenken Veranlassung; die Krankheit ist nach wie vor ohne jede Komplikation geblieben und nimmt einen befriedigenden Verlauf. Da auch ein besonders heftiges Fieber nicht vorhanden ist, so waren Allgemeinbefinden, Ernährung und Schlaf bisher verhältnismäßig recht gut. Es dürfte jedoch noch innerhalb mehrere Wochen vorzugehen, ehe der Erbhofbesitzer wieder vollständig hergestellt sein würde.

Die braunschweigische Landesregierung lehnte durch Ubergang zur Tagesordnung den Antrag der Reichstagsfraktionen auf Aufnahme einer Führliste für den Erbhofbesitzer in das allgemeine Bürgerrecht fast einstimmig ab.

Im Anhang beim Kaiser bestanden wurde der Generaldirektor des Reichsanwaltschafts, Herr Ballin, der sich, wie noch erinnerlich sein dürfte, Anfangs Januar d. J. nach China begeben hatte, wird am 25. d. M. über New-York an Bord des Schnellpostdampfers „Deutschland“ wieder nach Hamburg zurückkehren. Bald nach seiner Ankunft bezieht sich Herr Ballin nach Potsdam, um dem Monarchen über dessen Reichsgerichtlichen Bericht über die Ergebnisse seiner Chinareise zu berichten.

Als dem Offizierskorps. Wie in militärischen Kreisen verläuft, wird der Kommandeur des Garde-Korps v. Döll und Polach demnach den Chef des Großen Generalstabes Graf v. Schlieffen in dieser Stellung erledigen. Das Kommando des Garde-Korps wird dann von Generalleutnant v. Kessel, Führer der 2. Garde-Infanterie-Division, übernehmen.

von der Marine. Die 1. Division des I. Geschwaders unter Befehl des Vizeadmirals v. Heineke ist gestern Vormittag zu Evolutionübungen in den Belt und in der Nordsee in See gegangen. — Die Sochse-Loreoboots-Division, bestehend aus sieben Booten und dem Pilotenschiff „Habe“, ist zu einer sechstägigen Übungsfahrt nach Warendam und Gotenhafen abgegangen.

Um zu verhindern, daß für die Öffentlichkeit nicht bestimmte Aufzeichnungen des Kaisers und seiner Gemahlin verbreitet werden und um dem Ueberechnen bildlicher Darstellungen vorzubeugen, soll, wie gemeldet wird, die Absicht bestehen, in Zukunft bei der Zulassung öffentlich nicht bestimmter Personen zu Veranstaltungen, an denen der Kaiser teilnimmt, eine strengere Kontrolle zu üben.

Kirchenbauten. Die „Nord. Allg. Ztg.“ bezieht sich in der Presse unter Bezugnahme auf den Bericht des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an den Kaiser auf die evangelische Bebauung, daß von 1890 bis 1900 für den Bau evangelischer Kirchen 2078700 Mk. für den katholischen aber nur 1044900 Mk. an Staatsmitteln bewilligt worden seien, als u. a. zu erwähnen. Der genannte Bericht hebt die Aufschlagskosten und Ausstattungskosten an; letztere werden aber, von dem Reichsanwaltschaften, nur zu einem verhältnismäßig geringen Theile aus Staatsmitteln und zum größten Theile durch Gemeindebeiträge aufgebracht; außerdem sind Prämienscheffeln daran bestellbar wie beim Kaiser Dom und wie beim Dom in Aachen in Aussicht genommen ist. Außerdem sind von den als evangelisch genannten Kirchen die in Hutterde und Wormbit hauptsächlich katholisch.

Die zweite heftige Kammer beschloß mit 21 gegen 18 Stimmen über den Antrag Hölder'scher betreffend die Änderung der Erbfolge im Großherzogthum Hessen zur Tagesordnung überzugehen.

Nach Aufhebung durch den Kaiser von Oberstfeld seit nunmehr fünf, daß die beschriebene Generatorkommission der Kaiserlichen Deutschen in Ostasien in der Zeit vom 25. bis 29. August tagt.

Die Landesbankkommission tritt am 22. Mai, wie alljährig, im Kultusministerium zu Berlin zusammen. Die Kommission hat den Antrag von Gemahlen und Runkelwern für die Kaiserlichen Ostasien in Ostasien in der Zeit vom 25. bis 29. August tagt.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Ostasien-Eisenbahnvorlage erledigte die Vorlage in General- und Spezialberatungen. Die den Bahnbau ausführende Deutsche Bank gesteht dem Reich die Ostasien-Eisenbahn in 40 bis 50 Jahren nach Errichtung des Betriebes an. Die Kommission nahm die Anfrage Müller-Fleischer an, daß der Reichsanwaltschaft frühestens 1903 fiktiv 1902 zu beginnen habe, von dem Gewinne über fünf Prozent das Reich die Hälfte zu erhalten habe und im Falle des Rücktritts nur das Uebriggebliebene als Pfand- und zur Verfügung der Aktionäre gespalten werden soll.

Von den Sozialdemokraten sind bis jetzt 32 Änderungsanträge zur zweiten Beratung der Gewerkschaftsordnung in Reichstags eingedrungen.

Der Reichstag legt den Entwurf einer neuen Verordnung zur weiteren Aufhebung der durch die Kaiserliche Verordnung vom 27. Januar 1897 für die auszuführenden Reichsgerichte in den Provinzen vorgeschriebenen Anträge zur Bereinigung,

Proben und chemischen Präparate abgeleitet und ergänt werden soll. Es handelt sich dabei um eine Neuordnung der Reichsgerichte, insbesondere um die Freigabe von chemischen Hilfsmitteln für den Progenkstoffhandel.

Nach einer Verhandlung des Staatssekretärs des Reichspostamts v. Krause werden vom 20. Mai ab im Fernsprechverkehr Berlin-Bonn für die Nachtzeit neben Einzelgesprächen auch Abkommens auf solche Gesprächsverbindungen eingeführt, die lediglich zwischen denselben Zeitpunkten zu denselben Zeiten hergestellt werden.

Am 22. Mai findet eine Sitzung des Landeseisenbahnraths statt.

Im Berliner Verkehrsministerium, die am Anfuhrhandel nach Anhalt bestellbar sind, wird neuerdings darüber Klage geführt, daß einzelne Postämter an der zufführenden Grenze Prospekte und Kataloge, welche Folge in russischer Sprache, wenn die Beförderung zur Beförderung nach Anhalt auszuführen. Der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller hat sich demgemäß auf Anregung von Interessenten an den Staatssekretär des Reichspostamts mit einer Eingabe gewandt, in welcher derselbe ersucht wird, soweit wie thunlich auf Aufhebung der in Frage stehenden, den deutsch-russischen Verkehr beeinträchtigenden postalischen Maßregel hinzuwirken.

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung vom 13. Mai, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf v. Posadowsky, Führer von Tscherning, Landwirthschaftsminister von Roddehoff.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wird der Reichstags- etat in dritter Lesung debattiert angenommen, ebenso in dritter Lesung der Gesetzentwurf betr. das Flaggerecht der Kaufschiffe.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes. Die Kommission hat auf Antrag auf die Geschäftsfrage den Vortrag eingehend, hinter den 33 a folgenden neuen Absatz eingefügt: „Für Brennereien, welche bis am 1. Oktober 1902 betriebsfähig hergestellt sind, darf die in Rechnung zu stellende Alkoholmenge 20000 Liter nicht überschreiten. Nach dem 1. Oktober 1902, welche bis am 1. Oktober 1901 betriebsfähig hergestellt sind, diese Menge bis auf 80000 Liter bemessen werden, sofern die Beiträge über den Bau des Brennereigebäudes sowie die erforderlichen Maschinen und Brennergeräte vor dem 16. April 1901 rechtsverbindlich beschloßen sind.“

Die Kommission (fr. 2.) wird bei der Geschäftsfrage des Hauses bereit, das bestehende Gesetz um ein Jahr zu verlängern. Bedauerlich sei aber, daß entgegen dem Abmahnungen des Senatorenkonvents eine wesentliche Abänderung beantragt sei, die nur einzelnen Interessen zu Gute kommen werde. Man wolle die Ueberechnung einsehen und sei deshalb bei der Behebung des Konvents für neue Brennereien von 80000 auf 50000 Liter herabzusetzen. Dadurch erreichte man aber, daß die kleinen Brennereien mehr trüben. In ein paar Jahren müßte man dann die Grenze wieder herabsetzen, ohne hauptsächlich an den Verhältnissen irgend etwas ändern zu können. Wenn es mehr wäre, daß die landwirthschaftlichen Brennereien vor dem Ruin händeln, ist doch nicht zu befürchten, daß viele neue Brennereien entfallen.

Abg. Fr. v. Wangenheim (d. 2.) Ich bin sehr erlaucht über die Ausführungen des Herrn Vorredners. Sonst wird uns immer zum Vorwurf gemacht, wir wollten nur den großen Brennereien nützen und die kleinen nicht ankommen lassen. Aber er greift man uns an, weil wir den großen Brennereien Beschränkungen auferlegen wollten. Die Annahme des Kommissionsantrages ist die absolute Nothwendigkeit, wenn man gerecht verfahren will. Die großen Brennereien haben sich bereits eine Anzahl der zulässigen Kontingente gefüllt lassen müssen, welche man nun bei den gerundeten Brennereien ein Kontingent bis 80000 Liter zulassen, so würden die neuen Brennereien besser daran sein als die bisher begründeten. Eine solche Ungerechtigkeit muß vermieden werden. Es handelt sich somit nur um eine Veränderung der Beschränkung der alten Brennereien. Herr Vorredner möchte der Kommission zum Vorwurf, daß bei der Abmahnung des Senatorenkonvents nicht respizierte. Es ist richtig, daß der Senatorenkonvent mit der einfachen Verlängerung des bestehenden Gesetzes ein Nothgesetz gefaßt wissen wollte. Gleiches hat ich aber, daß ein großer Theil der Herren des Senatorenkonvents sich bei der Annahme dieses Beschlusses nicht berufen hat. Wir können ja auch von einem Abgeordneten verlangen, daß ihn in jedem einzelnen Augenblicke die bestehenden Gesetze gegenwärtig sind und er immer ein festes Urtheil über Gesetze fällen kann. Herr Reichsbad macht uns zum Vorwurf, wir treiben eine Politik der Senatorenkonvents. Wenn man will, es ist aber möglich, daß es handelt sich lediglich darum, die landwirthschaftliche Kultur in großen Theilen des Vaterlandes wieder zu ermöglichen und der landwirthschaftlichen Industrie das Ueberlebende zu lassen. Eine Produktionsbeschränkung wollen wir allerdings, aber nur im gleichen Interesse der Industrie und der Landwirtschaft. Herr Reichsbad sagt, heute wird geändert und in fünf Jahren wird wieder geändert. Ich halte das für ganz lässlich und richtig. Wir haben es doch hier mit einem Gebiet zu thun, auf dem bisher noch nicht die geringsten Erfahrungen vorliegen. Als die Brennereier eingeführt wurde, hatten wir nur einen geringen Bedarf an den Brennereier Spiritus. In den ersten Jahren konnte der zur Verwendung stehende Spiritus nicht einmal aufgebraucht werden. Heute liegen die Verhältnisse wesentlich anders, und diesen veränderten Verhältnissen haben wir uns anpassen. Jedoch wiederhole ich, es kommt weniger darauf an, die Abmahnungen des Senatorenkonvents in allen Einzelheiten zu befolgen, als vielmehr darauf, ein Gesetz zu schaffen, das den gegenwärtigen Bedürfnissen Rechnung trägt und der Landwirthschaft wie der Industrie in gleicher Weise Nutzen bringt. In diesem Sinne bitte ich, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. (Beifall für Reichsbad.)

Abg. Reichsbad (fr. 2.) Ich werde mich gegen den Kommissionsantrag, der die Abmahnung des Senatorenkonvents zu berücksichtigen zu werden würde.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Ostasien-Eisenbahnvorlage erledigte die Vorlage in General- und Spezialberatungen. Die den Bahnbau ausführende Deutsche Bank gesteht dem Reich die Ostasien-Eisenbahn in 40 bis 50 Jahren nach Errichtung des Betriebes an. Die Kommission nahm die Anfrage Müller-Fleischer an, daß der Reichsanwaltschaft frühestens 1903 fiktiv 1902 zu beginnen habe, von dem Gewinne über fünf Prozent das Reich die Hälfte zu erhalten habe und im Falle des Rücktritts nur das Uebriggebliebene als Pfand- und zur Verfügung der Aktionäre gespalten werden soll.

Von den Sozialdemokraten sind bis jetzt 32 Änderungsanträge zur zweiten Beratung der Gewerkschaftsordnung in Reichstags eingedrungen.

Der Reichstag legt den Entwurf einer neuen Verordnung zur weiteren Aufhebung der durch die Kaiserliche Verordnung vom 27. Januar 1897 für die auszuführenden Reichsgerichte in den Provinzen vorgeschriebenen Anträge zur Bereinigung,

Eine Session um Befreiung der Vermittlung des Centralbau-Commissars...

1. Vom Magistrat wurden verschiedene Kostenaufschläge über Aufhebungen für Mittelstellen, Schulpläne, etc.

2. Die auf eine Anzahl von Positionen des Gottesackerers Platz zur Verfügung der beiden höchsten Behörden gestellten Bedenken...

3. Bei der Beratung des beschriebenen Haushaltsplanes hatte die Verwaltung auf Antrag des Herrn Stadtschreiberen...

4. Die Verhandlung über den 9.-12. Juni d. J. in der Geschäftsverteilung stiftende Substitutions-Ausstellung...

5. Ueber eine Petition des Kaufmanns W. Fr. Zeigler, welche die Befreiung von der Vermögenssteuer...

6. Genehmigt wurde der vom Magistrat mit dem Allgemeinen Ortsrat...

7. Genehmigt wurden die Befreiungsbefreiungen im Hinblick auf einen von der Stadt...

8. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

9. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

10. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

11. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

12. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

13. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

14. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

15. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

16. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

17. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

18. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

19. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

20. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

21. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

22. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

23. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

24. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

25. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

26. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

27. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

28. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

29. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

30. Auf Antrag des Magistrats wurde die nach den Befreiungen der höchsten Behörden...

Waffenmärkte. (4. Beheult über - unter Kauf.)

Table with columns for location (e.g., Halle, Weimar, Eisenach), date, and price. Includes sub-sections for 'Halle', 'Weimar', 'Eisenach', 'Halle', 'Weimar', 'Eisenach'.

Börsen- und Handelstheil.

— Berlin, 13. Mai. (Berliner Productenbörse)

Die amtlich festgesetzten Preise waren am Nachmittag: Weizen, märk. 174,00—176,00 M. pro Bahn und frei Halle, Juli 172,50 bis 172,75 M., etc.

20. Ziehung der 4. Klasse 204. Königl. Preuss. Lotterie.

Table listing lottery numbers and prizes for the 20th drawing of the 4th class of the Prussian Lottery.

Magdeburg, 13. Mai. (Notierungen des Magdeburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Weizen, Schirff 171-183 M. pro 1000, Roggen 168-170 M., etc.

Wienmärkte.

Schlachtviehmarkt im k. k. Viehhofe in Wien am 13. Mai.

Table showing market prices for various types of livestock (cattle, sheep, etc.) in Vienna.

Waren- und Productenberichte.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

— Hamburg, 13. Mai. (Notierungen des Hamburger Vereins für Landwirtschaftl.)

Wheat, 180 M. pro 1000, Rye, 148 M., etc.

